

**Weiterbildung wirkt bei Frauen deutlich positiv auf die Beschäftigungsquote**

Arbeitslose, vor allem Frauen, die an einer Weiterbildung mit Berufsabschluss teilnahmen, erhöhen ihre Chancen am Arbeitsmarkt deutlich. Dies ergibt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Bei den Weiterbildungs-Teilnehmerinnen liege die Wahrscheinlichkeit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung „um knapp 20 %-Punkte höher als bei vergleichbaren Nichtteilnehmerinnen“. Bei Männern, so das IAB, lägen die Effekte mit rd. 12 %-Punkten etwas niedriger. Der stärkste Beschäftigungseffekt finde sich bei Weiterbildungen im Bereich der Gesundheitsberufe. Hier sei eine um rd. 30 % höhere Beschäftigungswahrscheinlichkeit für Frauen beobachtet worden. Die IAB-Studie ist abrufbar unter <http://doku.iab.de/kurzber/2015/kb2215.pdf> (fpd 01.12.15)

**Situation in Bergisch Gladbach:**

Für Bergisch Gladbach liegen keine spezifischen Daten vor.

**Gender, Gesundheit: Ministerin Steffens: Gewalterfahrungen als Ursache für Depressionen bei Frauen unterschätzt**

25.11.2015 | Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Häusliche Gewalt und andere Gewalterfahrungen beeinträchtigen auf vielfältige Weise die Gesundheit von Frauen. Unter anderem kann Gewalt Auslöser für Depressionen sein, aber das wird oft nicht erkannt. „Ärztinnen und Ärzte müssen geschult werden, die gesundheitlichen – vor allem auch psychischen Folgen – von Gewalt besser zu erkennen und entsprechend zu handeln“, erklärte Gesundheits- und Emanzipationsministerin Barbara Steffens heute (25.11.15) am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen zur Eröffnung der Fachtagung „Geschlecht, Gewalt, Depression“ des Kompetenzzentrums Frauen und Gesundheit NRW.

Laut Weltgesundheitsorganisation haben von Gewalt betroffene Frauen ein zwei bis dreifach höheres Risiko, an einer Depression zu erkranken, als Frauen ohne Gewalterfahrungen. Umgekehrt haben depressive Frauen ein doppelt so hohes Risiko Gewalterfahrungen in einer Partnerschaft zu erleben.

Eine zu späte oder falsche Behandlung kann zu jahrelangen chronischen Beschwerden und schlimmstenfalls zum Suizid führen. Deshalb bietet das vom Land finanzierte Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit in zurzeit fünf Regionen in Nordrhein-Westfalen (Bielefeld, Wuppertal, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein Kreis Neuss, Kreis Siegen-Wittgenstein) ein Programm zur gewaltinformierten Gesundheitsversorgung Gewinn Gesundheit® an. Im Rahmen von Fortbildungen und Fachveranstaltungen wurden bereits über 130 Ärztinnen und Ärzte für den besonderen Versorgungsbedarf gewaltbetroffener Frauen sensibilisiert. „Erst wenn eine vorhandene Gewaltbelastung frühzeitig von einer Ärztin oder einem Arzt erkannt und einfühlsam angesprochen wird, kann die Patientin die medizinische Versorgung erhalten, die sie wirklich

braucht“, sagt Marion Steffens, die gemeinsam mit Prof. Claudia Hornberg das Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit NRW leitet.

Mehr unter:

<http://www.mgcpa.nrw.de/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2015/pm20151125a/index.php>

**Situation in Bergisch Gladbach:**

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement der Stadtverwaltung ist in der Entwicklung. Psychische Erkrankungen werden in diesem Zusammenhang als solche der häufigsten Erkrankungen berücksichtigt.

# Schwesig will Schutz für Frauen und Kinder in Flüchtlingseinrichtungen verbessern

zwd Berlin (hr). Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) will mit einem Schutzkonzept Städte und Gemeinden dabei unterstützen, die Situation und den Schutz von Frauen und Kindern in den Einrichtungen zu verbessern. Um dies gewährleisten zu können, will ihr Ministerium (BMFSFJ) gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein

Programm starten, um die Schaffung und den Umbau von Flüchtlingsunterkünften zu fördern. Mit dem Programm sollen Investitionskredite mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit reagiert Schwesig auf Forderungen, die FlüchtlingshelferInnen und Fraueninitiativen seit Monaten gestellt hatten.

UNICEF hat diese Missstände und Forderungen ebenfalls bestätigt. Anfang November hatte eine Delegation des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen Flüchtlingsunterkünfte in mehreren deutschen Städten besucht und konstatiert: „Es gibt Berichte über Fälle von Gewalt, Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen in Erstaufnahmeeinrichtungen, auch durch Personal und Freiwillige, sowie Verdachtsfälle sexueller Ausbeutung von Frauen und Mädchen.“ Dennoch gebe es „derzeit keine Richtlinien, die ein Mindestmaß an Schutz gewährleisten.“ Jetzt reagierte das Ministerium: „Dort wo sich Kinder, Jugendliche und Frauen aufhalten, müssen besondere Maßnahmen zum Schutz vor Übergriffen und geschlechtsbezogener Gewalt ergriffen werden. Für mehr Schutz braucht es personelle und räumliche Maßnahmen sowie mehr Information, Sensibilisierung und Fortbildung der Fachkräfte und Ehrenamtlichen“, erklärte Schwesig bei der Vorstellung des Konzepts am 14. Dezember in Berlin.

## Bessere Schulung für Personal

Das Programm soll Anfang dieses Jahres starten und sieht mehrere konkrete Maß-

nahmen vor. So sollen Fördermittel der KfW mit einem Volumen von bis zu 200 Millionen Euro genutzt werden, um das Personal in Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in Fragen des Kinderschutzes zu schulen und für Fälle sexueller Gewalt zu sensibilisieren. Zudem soll UNICEF logistische Hilfe bei der Einrichtung kinderfreundlicher Räume sowie dem Aufbau psychosozialer Betreuungsstrukturen leisten. „Wir haben mit Deutschland als unserem Partner ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein – für den Schutz der Kinder zu sorgen, die ihn am meisten benötigen, und zwar unabhängig davon, woher sie kommen“, betonte Marie-Pierre Poirier, UNICEF-Koordinatorin für die Flüchtlingskrise in Europa. „Es geht darum, dass Städte und Gemeinden Unterkünfte räumlich so ausgestalten können, dass es für Kinder Schutzräume, Spielräume und Rückzugsräume gibt“, meinte Schwesig. Dazu gehörten auch sanitäre Anlagen, die für Frauen und Männer getrennt seien, damit Frauen und Kinder keine Angst haben müssten, nachts alleine auf die Toilette zu gehen.

## Folteropferzentrum in jedem Bundesland geplant

Die Kooperation soll des Weiteren eine Stärkung der Angebote der Folteropferzentren mit Fokus auf Gewalt gegen Frauen, vornehmlich zur Traumabewältigung beinhalten. Das BMFSFJ will dafür Folteropferzentren finanziell

stärker unterstützen, damit Flüchtlingsfrauen, die Gewalt erfahren haben, kompetent betreut werden können. Hierfür stellt das Ministerium 4 Millionen Euro zur Verfügung. Ziel ist es, in jedem Bundesland ein Folteropferzentrum zu installieren. Mit den Mitteln sollen auch schwangere Flüchtlinge besser unterstützt werden.

Die Bedürfnisse von Kindern stehen bei der Umgestaltung der Einrichtungen ebenfalls im Mittelpunkt. „Flüchtlingskinder zahlen den höchsten Preis dieser Krise“, mahnte Poirier.

In den Notunterkünften soll es nach den Plänen des BMFSFJ psychosoziale Unterstützung, Angebote zum Lernen und Spielen geben und Sprachkurse möglichst früh angeboten werden. „Es gibt in den Unterkünften der Kommunen zu große Unterschiede“, mahnte der Geschäftsführer von UNICEF Deutschland, Christian Schneider. Ab Januar 2016 sollen daher 200 Einrichtungen in ganz Deutschland mit sogenannten Kinderkisten ausgestattet werden, die mit Spielsachen und Lernmaterialien bestückt sind.



Quelle: BMFSFJ

Setzen sich für geflüchtete Frauen und Kinder ein: Christian Schneider, Manuela Schwesig und Marie-Pierre Poirier



Foto: UNICEF / Georgiev

Marie-Pierre Poirier, UNICEF-Koordinatorin für die Flüchtlingskrise in Europa: „Kinder brauchen Schutz-, Spiel- und Rückzugsräume“

## Situation in Bergisch Gladbach:

Zurzeit sind zwei Maßnahmen geplant:

- Schulungsmodul für EhrenamtlerInnen zum Thema „Keine Gewalt gegen Frauen“
- Treffpunkt für Flüchtlingsfrauen